



*Sehr geehrte Damen und Herren,*

wir haben eine Zeit intensiver Auseinandersetzungen rund um die Rente hinter uns, von der Grundrente über die Rentenkommission bis zu Maßnahmen in der Corona-Pandemie. Hinzu kommen die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung und die Einführung einer digitalen Rentenübersicht. Die Wirkungen auf Ihr

Alltagsgeschäft, die Rentenberatung, aber auch auf die Verfahrensabläufe und den Beratungsbedarf dürften erheblich sein und bleiben.

Die Umsetzung der Grundrente wird für Sie, die Versicherten und auch die Rentenversicherung noch viel Arbeit und Diskussionen mit sich bringen, denn die Ausgestaltung ist kompliziert und vermischt das Prinzip der Rentenversicherung mit der Einkommensprüfung aus der Fürsorge. Der DGB hat sich stets dafür ausgesprochen, die Rentenansprüche aus geringen Löhnen zu erhöhen. Menschen beziehen geringe Löhne in der Regel eben nicht freiwillig. Und es gilt für uns der Grundsatz eines leistungsorientierten Rentensystems auf Basis von eigenen Beiträgen: Wer von seinem Lohn leben kann, muss nach Jahrzehnten der Beitragszahlung auch von seiner Rente leben können. Daher begrüßen wir die Grundrente grundsätzlich, denn sie bedeutet eine Verbesserung für viele Menschen. Allerdings hat der politische Kompromiss die Grundrente über die Maßen verkompliziert. Die Prinzipien der Subsidiarität und Bedürftigkeitsprüfung, wie sie CDU/CSU in das Gesetz verhandelt haben, liegen quer zur Rentenversicherung und ihren Prinzipien. Das Ergebnis ist ein komplexes verwaltungsaufwendiges und wenig transparentes Gesetz, mit vielen offenen Punkten und strittigen Fragen. Ihre Aufgabe wird es sein, den Versicherten hier mit Rat zur Seite zu stehen und ihnen zu ihrem Recht zu helfen. Wir werden weiterhin dafür streiten, das Verfahren und die Regeln zu vereinfachen, wie es beispielsweise bei der Rente nach Mindestentgeltpunkten der Fall war.

Weiteren Beratungsbedarf dürfte auch der als ersten Entwurf vorliegende Gesetzentwurf zur Rentenübersicht auslösen. Das Mehr-Säulen-System und die teilweise Privatisierung der Alterssicherung haben das System nicht einfacher, transparenter oder verständlicher gemacht. Der Beratungsbedarf unabhängig von finanziellen Verkaufsinteressen ist ungebrochen hoch und dürfte durch die Rentenübersicht eher noch steigen. Damit dürften Sie immer häufiger auch mit Fragen zur gesetzlichen Rente sowie der privaten und betrieblichen Vorsorge, zur steuerlichen und sozialrechtlichen Behandlung und den jeweiligen Vor- und Nachteilen konfrontiert werden. Aber dieser Themenkomplex geht auch zunehmend über Ihre bisherigen Fachgebiete hinaus. Dies ist sicherlich eine große Herausforderung für Sie alle und Ihren Verband. Denn die zusätzliche Vorsorge und ihre Förderung ist offiziell Teil der staatlichen Sozialpolitik.

Auch die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben die Arbeitsprozesse bei der Rentenversicherung und auch bei Ihnen erheblich durcheinandergebracht. Aber insgesamt ist die Rentenversicherung gut durch die Krise gekommen. Und auch Unkenrufe einschlägiger Professoren, die mal wieder mit Genuss über gigantische Finanzlöcher und Beitragssatzexplosionen bei der Rentenversicherung sinnierten, waren und sind falsch und fehl am Platze – fake news sozusagen. Die Rentenversicherung hat die Renten weitergezahlt, die Anträge weiterbearbeitet und steht finanziell nach wie vor so gut dar wie selten zuvor. Dies ist erfreulich und zeigt einmal mehr, wie stark die gesetzlichen Sozialversicherungen sind, wie sehr die Sozialversicherung die Menschen in einer Wirtschaftskrise schützt, aber auch wie stark sie die Wirtschaft insgesamt stabilisiert und damit eine schnelle wirtschaftliche Erholung und einen Aufschwung begünstigt.

Etwas in der aufkommenden Pandemie untergegangen sind die Vorschläge der Rentenkommission. Aus Sicht der DGB war es an der Zeit, den bestehenden Kurs zu hinterfragen, da er von weiten Teilen der Bevölkerung nicht geteilt wird und vielfach zu unzureichender Absicherung im Alter und bei Erwerbsminderung führt. Wir wollen den Generationenvertrag so aufstellen, dass er einen breiten Konsens widerspiegelt und vom Leistungsziel her gedacht ist. Daran gemessen hat die Kommission nur kleine Schritte vorgeschlagen.

Aus unserer Sicht ist das Ergebnis der Rentenkommission durchwachsen. Die Konzeption der Doppelten Haltelinien, jeweils auf Zeit, sichert das Rentenniveau zwar nach unten ab. Aber für uns ist klar: Ein Rentenniveau unter 48 Prozent ist nicht akzeptabel und insoweit springt der Vorschlag zu kurz. Für uns ist auch klar: Wer wie die Arbeitgeber geringere Beiträge vorschlägt, fordert Leistungskürzungen bzw. mehr Privatisierung und belastet damit die Beschäftigten und die Rentnerinnen und Rentner. Gut ist, dass die Kommission jetzt nicht vorgeschlagen hat, die Altersgrenze weiter anzuheben, denn schon jetzt gelingt es vielen nicht, bis 65 oder 67 zu arbeiten, schon gar nicht in versicherungspflichtiger Vollzeit. Minijobs, Teilzeit, Krankgeld und Arbeitslosigkeit schließen die Lücke zum höheren Rentenalter nicht und viele Beschäftigte fallen vorher in ALG II. Außerdem kürzt ein höheres Rentenalter die Rente jenen besonders stark, die nicht so lange leben. Und die Forschung zeigt, belastende Arbeit und geringes Einkommen verkürzen die Lebenserwartung ganz erheblich. Auf die vielen weiteren Punkte der Kommission will ich hier nicht eingehen und auf unsere Gesamtbewertung verweisen, die Sie auf [www.rentenkommission.de](http://www.rentenkommission.de) finden können.

Die Debatte über das Weitere wird geführt werden, wenn klar ist, ob und was die Regierung von den Kommissionsempfehlungen noch umsetzen möchte. Aus unserer Sicht kann es aber nicht bei punktuellen Veränderungen bleiben. Wir brauchen endlich einen echten Kurswechsel in der Rentenpolitik, wenn wir verhindern wollen, dass künftige Generationen im Alter, bei Erwerbsminderung und Tod ihren Lebensstandard nicht mehr halten können. Wir möchten das gesetzliche Rentenniveau auf dem heutigen Wert stabilisieren

und im weiteren Schritt anheben, etwa auf 50 Prozent und zwar dauerhaft und nicht nur auf Zeit.

So oder so wird das Thema Rente und die Zukunft des Sozialstaats mal wieder ein zentrales Thema im Wahlkampf nächstes Jahr werden. Wir werden uns für eine Stärkung und eine leistungsorientierte Rente stark machen. Denn die Sozialversicherungen haben erneut ihren Wert gerade in unsicheren Zeiten bewiesen.

Im Fokus der Sozial- und Rentenpolitik muss der Mensch stehen. Dazu gehört, wie schon erwähnt, die Versicherten über ihre Rechte und Ansprüche umfassend zu beraten und aufzuklären. Der sozialrechtliche Anspruch, die Versicherten in die Lage zu versetzen, wie ein fachlich und

rechtlich Verständiger zu handeln, wird angesichts komplexer Gesetzgebung immer schwerer. Neben den Versichertenältesten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rentenversicherung bieten hier die Rentenberaterinnen und Rentenberater eine umfassende sozialrechtliche Beratung und Begleitung an. Solche vielfältigen Strukturen sind wichtig, da sie den Versicherten die Möglichkeit bieten, sich je nach Bedarf beraten zu lassen und sich auch eine zweite oder dritte Meinung einzuholen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen guten Verlauf und erfolgreiche Rentenberatertage 2020.

*Anja Piel  
Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand*